

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Anmietung von Liegenschaften zur Entzerrung der Belegungsdichte in Gemeinschaftsunterkünften und Notunterkünften**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 05 Bezeichnung Verpflichtende Transferleistungen

Produktnummer 004 Bezeichnung Leistungen nach dem LAG und dem AsylbLG

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	263.034.300	93.500.000	356.534.300

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	236.730.000	93.500.000	330.230.000
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Neben den Geflüchteten aus der Ukraine kamen dieses Jahr auch wieder mehr Schutzsuchende aus anderen Ländern nach Hessen. Diese werden im Rahmen des Landesaufnahmegesetzes den Gebietskörperschaften zugewiesen. Letztere bekommen für die Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden eine Pauschale seitens des Landes ausgezahlt. Auf Grund des allgemeinen Preisanstiegs aber v.a. der stark gestiegenen Energiekosten muss diese Pauschale erhöht werden- diese Mehrkosten müssen sich im Landeshaushalt widerspiegeln. Darüber hinaus muss der Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes möglichst kurzgehalten werden, da diese keine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten können. Längerfristig sollen Schutzsuchende in kleineren, dezentralen Unterkünften untergebracht werden und mit Wohneinheiten versorgt werden. Auch das soll sich im Landeshaushalt widerspiegeln.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske